

## Putins Nazi-Erzählung über die Ukraine

Krieg geht immer, und das hat sich in den vergangenen Tagen wieder gezeigt, mit selektiver Information, Desinformation und wohl auch Propaganda der Konfliktparteien einher. Spannend ist in diesem Zusammenhang die Strategie des russischen Präsidenten Wladimir Putin, seinen Landsleuten den Angriff auf die Ukraine zu erklären. Immer wieder betont er dabei, die Ukraine „entnazifizieren“ zu wollen.

Putin versucht damit Parallelen zum Zweiten Weltkrieg zu ziehen und vergleicht die vom Westen unterstützte Ukraine mit Nazi-Deutschland. Er stellt damit auch in den Raum, dass Neonazis in der Ukraine an der Macht seien oder diese übernehmen könnten. Auch wenn die Botschaft auf einem winzigen tatsächlich realen Kern aufbaut, konstruiert Putin damit eine Konstellation, die es so nicht gibt. Die Erzählung ist nicht neu: Schon bei der Krim-Krise war das Motiv immer wieder zu hören und zu sehen – auch auf Plakaten vor dem Referendum der Krim 2014. Doch damals hatte es noch ein bisschen mehr Wahrheitsgehalt.

Tatsächlich gab und gibt es in der Ukraine Knotenpunkte für die internationale Neonazi-Szene. Und tatsächlich gab und gibt es in der ukrainischen Politik und dem ukrainischen Militär mehrere rechtsextreme Gruppierungen, die allerdings, vor allem politisch, in den vergangenen Jahren stark an Einfluss verloren haben.

Der politische Arm der ultranationalistischen und großteils rechtsextremen Szene ist die Partei Swoboda, ein Sammelbecken für mehrere Gruppen. 2012 erreichte die Partei mehr als zehn Prozent bei der Parlamentswahl. 2013 war die Partei maßgeblich bei den Euromaidan-Protesten gegen den russlandtreuen Präsidenten Wiktor Janukowitsch beteiligt, gemeinsam mit der proeuropäischen UDAR von Witali Klitschko und der Allukrainischen Vereinigung „Vaterland“ von Julija Tymoschenko bildete man ein Zweckdreierbündnis.

Nach dem Sturz von Janukowitsch stellte die Partei sogar mehrere Kabinettsmitglieder in der Übergangsregierung – genau daran knüpft Putin an. Es folgte aber der rasche Abstieg: 2014 scheiterte die Partei an der Fünfprozenthürde, 2019 erreichte die Partei bei der Parlamentswahl nur mehr 2,15 Prozent, trotz Wahlallianz mit einigen anderen extrem rechten Gruppen.

Während die extreme Rechte politisch mittlerweile praktisch bedeutungslos ist und vor allem mit der Regierung nichts zu tun hat, sind es einige militärische und paramilitärische Gruppen, die weiter in Aktion sind, allen voran das Bataillon Asow. Als Freiwilligenbataillon wurde es 2014 von rechtsextremen Politikern gegründet, um das ukrainische Militär beim Kampf gegen prorussische Einheiten im Osten zu unterstützen. Die damalige ukrainische Regierung gliederte die Truppe als Regiment in die Nationalgarde ein. Aus militärischer Sicht war das vielleicht verständlich, politisch stellte sich das aber als großer Fehler heraus.

Die Gruppe hantiert offen mit Nazi- und Neonazis-Symbolik, wurde zur Anlaufstelle für die militante rechtsextreme Szene in Europa, auch und vor allem aus Deutschland. Gleichzeitig schlossen sich ideologisch einschlägig orientierte Söldner aus aller Welt der Truppe an – übrigens auch aus Russland.